



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/137 - 24. Juni 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 84931 - 33  
Fernschreiber 0896890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Die CDU begreift den Ernst der Stunde nicht Von Waldemar von Knoeringen Stellvertretender Vorsitzender der SPD	72
3	Sie wählen den Bundespräsidenten Ausser den Bundestagsabgeordneten - bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens	47
4	"Wir sind doch manchmal Gedanken gekommen..." Nach der "Bereinigung" des Konfliktes Erhard - Adenauer	48
5 - 6	"Unter dieser Krise leidet die Demokratie" Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta ÖVP will Wahlniederlage nicht zur Kenntnis nehmen	69
7	Unterirdisches B-Werk in Stifters "Hochwald" Die Moldautalsperre von Lippen	47

\* \* \*  
\* \*

Die CDU begreift den Ernst der Stunde nicht

Von Waldemar von Knoeringen

Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Die Mehrheit des Bundestages hat auch in diesem Jahr wieder alle Anträge der SPD abgelehnt, die auf dem Gebiet des Schulhausbaus, der Begabtenförderung, der Wissenschaftsförderung und des Studentenwohnungsbaues gestellt worden sind. Innenminister Schröder erklärte, dass man sich davor hüten solle, die russischen Zahlen mechanisch zu vergleichen; was man in Russland einen Ingenieur nenne, würden wir schwerlich als einen solchen bezeichnen. Man sollte die Nomenklatur in einzelnen kennen, um sich nicht davon überwältigen zu lassen.

Es ist unvorstellbar, dass Innenminister Schröder den Bericht der britischen Studienkommission entweder nicht kennt oder sich einfach über dessen Bedeutung hinwegtäuscht. In diesem Bericht heisst es:

"Die Zahl der ausgebildeten Hochschul- und Fachschulingenieure in der SU liegt im Jahre 1956 weit höher als in den westlichen Ländern Europas und in den USA zusammengenommen. Die Qualität der Ausbildung wird von fachkundigen Besuchern und Autoren als hochstehend bezeichnet."

Auch auf dem Gebiet des Schulhausbaues hat man drei Jahre lang die Anträge der SPD mit fadenscheiniger Begründung abgelehnt. Innenminister Schröder hat erklärt, die Baukapazität reiche nicht aus, die bewilligten Mittel schnell genug zu verbauen, ausserdem werde der Nachholbedarf auf diesem Gebiet in zwei bis drei Jahren gedeckt sein.

Weiss Herr Schröder nicht oder will er nicht wissen, dass der Pehlbedarf bei den allgerinebildenden Schulen im Mai 1959 21.000 Klassenräume beträgt, ohne das neunte und zehnte Schuljahr? Erst in fünf Jahren wird ohne zusätzliche Anstrengungen die dringendste Schulraumnot beseitigt sein, wobei nicht gerechnet ist, dass die Klassenstärken herabgesetzt und das neunte Schuljahr eingeführt werden sollen. Der Bedarf an Schulräumen würde sich dann um weitere 40.000 Klassenräume erhöhen.

Wie können wir bei der von der Bundesregierung eingenommenen Haltung mit diesen Problemen fertig werden?

Die Bundestagsmehrheit der CDU/CSU hat es ferner abgelehnt, die Mittel zu bewilligen, die zur Durchführung der ohnehin sehr dürftigen Studentenförderung im Rahmen des Honnefer Modells erforderlich sind. 2,1 Millionen DM, die für dieses Jahr zusätzlich gebraucht werden, um das "Honnefer Modell" durchzuführen, wurden abgelehnt. Auch hier hat sich der Bundesinnenminister die Sache leicht gemacht und davon gesprochen, dass es nur darauf ankomme, die überdurchschnittlich Begabten zu fördern. Welch mangelnde Einsicht!

Mangelndes Verständnis für unsere Lage zeigt aber auch die Bayerische Staatsregierung. Dies wurde anlässlich der nun in Gang gekommenen Diskussion über den Lehrermangel wiederum deutlich. Es wurden alle möglichen Mittelchen vorgeschlagen, den Lehrermangel zu beheben, aber grundlegende Massnahmen wurden nicht aufgezeigt. Nach den Feststellungen Prof. Heckels von der Universität Frankfurt hatte die Bundesrepublik im Januar 1958 einen Nachholbedarf von 7.000 Lehrern, 1.500 Gewerbelehrern und 7.000 Lehrern an höheren Schulen. Bei einer Verringerung der Klassenstärken auf maximal 35 Schüler ergibt sich ein weiterer Bedarf von 16.000 Lehrern, bei der Einführung des neunten Schuljahres nochmals 11.500 Lehrer. Dieser Nachholbedarf an Lehrern ist nicht zu decken, wenn man weiterhin so verfährt, wie das gegenwärtig geschieht.

Immer wieder hat die SPD einen grundlegenden Bedarfsplan gefordert, der allein eine Vorstellung von der Grösse der Anstrengungen geben kann, die gemacht werden müssen, wenn wir bestehen wollen.

Der Rucker-Plan aus dem Jahre 1956 hätte durchgeführt, die Zahlen hätten erhärtet und immer neu ergänzt werden müssen, dann wären wir heute in der Lage, klar zu erkennen, worum es geht. Nur im Bereich von Wissenschaft und Forschung arbeitet z.Zt. der Wissenschaftsrat Grundlinien der Planung aus. Auch das wäre nicht geschehen, wenn die SPD nicht im Jahre 1956 die Initiative ergriffen hätte. Heute jedoch zeigt sich bereits, wie zögernd und kleinlich die Mehrheit des Bundestages die dringendsten Bedarfsmeldungen des Wissenschaftsrates behandelt. Nicht einmal die 18 Millionen DM, die zusätzlich gefordert werden mussten, sind genehmigt worden!

Die Art, wie alle diese Probleme behandelt werden, ist erschreckend, weil sie beweist, dass die CDU/CSU den Ernst der Stunde nicht begreift. Es muss daher die Aufgabe aller weitdenkenden, verantwortlichen Menschen sein, die öffentliche Meinung zu mobilisieren, um den stärksten Druck auf die Regierungen in Bund und Ländern auszuüben. In wenigen Jahren wird sich erweisen, dass die Fehler von heute das Schicksal von morgen weitgehend mitbestimmen werden.

### Sie wählen den Bundespräsidenten

sp - Bekanntlich gehören der Bundesversammlung, die am 1. Juli den neuen Bundespräsidenten wählt, nicht nur die Mitglieder des Bonner Parlamentes an; die gleiche Anzahl, wie die der Bundestagsabgeordneten, wird in den Länderparlamenten im Verhältnis zur Stärke der einzelnen Fraktionen gewählt. Zusammen mit den Abgeordneten des Bundestages sind dies insgesamt 638 "Wahlmänner".

Nach dem Gesetz müssen die von den Landtagen zur Bundesversammlung entsandten Wahlmänner nicht unbedingt Abgeordnete sein. Der Gesetzgeber hat Wert darauf gelegt, daß die Bundesversammlung, die den Präsidenten wählt, ein möglichst repräsentativer Durchschnitt aller Schichten unseres Volkes ist. Dementsprechend werden von den Sozialdemokraten in den einzelnen Ländern auch Persönlichkeiten herausgestellt, die im öffentlichen Leben eine hervorragende Position einnehmen.

So wird man in Berlin unter den Wahlmännern den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Willi Richter, seinen Stellvertreter, Georg Reuter, die Industriegewerkschafts-Vorsitzenden Otto Brenner (IG-Metall), Adolf Kummernuss (ÖTV), Wilhelm Gefeller (IG-Chemie), Heinrich Gutermuth (IG-Bergbau) und Heinrich Hansen (IG-Druck und Papier) finden. An namhaften Gewerkschaftlern aus den Landesbezirken sind die DGB-Landesvorsitzenden Fermann Grothe (Niedersachsen), Wilhelm Kleinknecht (Baden-Württemberg), Wilhelm Haferkamp (Nordrhein-Westfalen) und Richard Boljahn (Bremen) zu verzeichnen.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, wurde selbstverständlich vom Berliner Abgeordnetenhaus als "Wahlmann" gewählt.

Außer zahlreichen Oberbürgermeistern großer deutscher Städte, die zugleich Bundestagsabgeordnete sind und in dieser Eigenschaft an der Wahl des Bundespräsidenten teilnehmen, finden wir unter den Männern aus der Kommunalpolitik den Oberbürgermeister von Köln, Theodor Burauen, den Oberbürgermeister von Essen, Wilhelm Nieswandt, den Oberbürgermeister von Worms, Heinrich Völker, und einen der Senioren deutscher Städte- und Länderpolitik, den Präsidenten der Hamburger Bürgerschaft, Adolf Schönfelder.

Als bekannte Landespolitiker, die zugleich Mitglieder der Landtage sind und von diesen in die Bundesversammlung entsandt wurden, können genannt werden: Franz Bögler, Oberregierungspräsident z.D., und Vizepräsident des Landtages Rheinland-Pfalz, Alex Möller, Stuttgart, Karl Käber, Kiel, und Karl Vittinghoff, Hamburg.

Die ehemaligen Ministerpräsidenten Wilhelm Högner, München, und Fritz Steinhoff, Düsseldorf, werden ebenfalls mit ihrem reichen Erfahrungsschatz Einfluß auf die Entscheidungen der Bundesversammlung in Berlin nehmen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung wird am 30. Juni in Berlin zusammentreten und ein Grundsatzreferat des Bundestagsabgeordneten Dr. Adolf Arndt zu dem Thema: "Das Amt des Bundespräsidenten" hören.

"Mir sind doch manchmal Gedanken gekommen ..."

H.B. "Mir sind doch manchmal Gedanken gekommen, dass es in der Erbmonarchie viel einfacher ginge", das wollte der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Dressbach ursprünglich in einer Rede vor dem Bundestag sagen, die dann aber in einer grossen westdeutschen Zeitung veröffentlicht wurde. - Herr Dressbach meinte damit die Art der "Bereinigung" des Konfliktes innerhalb der CDU, als Adenauer nach einsamem Entschluss plötzlich verkündete, er wolle doch Bundeskanzler bleiben.

Nun hat man den Konflikt Erhard-Adenauer "bereinigt" und nichts spricht dagegen, dass Herr Dressbach seine Rede von der "Erbmonarchie" noch einmal halten könnte. Die Methode nämlich, mit der auch dieser - vorläufig letzte - Konflikt niedergebügelt wurde, entspricht durchaus den in einer Erbmonarchie üblichen Gepflogenheiten. Der Monarch ist geblieben, alle Welt weiss, dass er sich unmöglich verhalten hat - das Fussvolk atmet auf, die Fassade ist gerettet. Dass in dem Beschwichtigungsbrief Adenauers an Erhard im Grunde genommen nicht mehr steht, als die Bestätigung einer Ressortzuständigkeit, dürfte bei den Beteiligten im Augenblick nicht als Schönheitsfehler gewertet werden. Aber neben den unmittelbar Beteiligten steht der Staatsbürger, steht das Volk. Es fragt sich, wer vor wem wieder einmal gerollt wurde und kann den nagenden Zweifel an Funktionieren der Demokratie nicht mehr loswerden.

Es zeigt sich bereits, wie recht Erick Ollenhauer in der Bundestagsdebatte hatte: "In den letzten Wochen hat die Praxis der Vorbereitungen zur Bundespräsidentenwahl dazu geführt, dass wir heute, wenige Wochen vor dieser Wahl, praktisch vor einem Trümmerfeld des Vertrauens in die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik stehen."

Gewiss, wir haben unsere Vergangenheit noch nicht bewältigt. Aber in diesen Tagen hat sich herausgestellt, dass diejenigen, die gegenwärtig die Verantwortung tragen, noch nicht einmal in der Lage sind, die Gegenwart zu bewältigen. Ihre immer wieder neu austretenden "Konflikte" und deren stets wieder provisorische "Bereinigung" zeigen, wie leer und fragwürdig ihr inneres Verhältnis zu Geist und Inhalt der Demokratie noch immer ist. Das färbt ab. Tausende von Unterrichtskursen für staatsbürgerliche Erziehung können nicht dagegen an. Ein jahrelanges Bemühen, Geist und Inhalt der Demokratie im Volke zu festigen, wird durch wenige "Bereinigungen" wieder zunichte gemacht. Wir müssen uns darüber klar sein, dass in unserem Volk nicht ein allgemeines, überall verbreitetes, gefestigtes Vertrauen zu unseren demokratischen Institutionen besteht, sondern dass bei einem nicht unerheblichen Teil unseres Volkes erst die Ansätze zu einem solchen Vertrauen vorhanden sind. Diese Ansätze hat die CDU-Führung zerstört.

Das Zerstörungswerk kam aber nicht plötzlich. Es wurde durch die bekannte Reihe einsamer Entschlüsse Adenauers und einer schweigenden CDU vorbereitet; es traf bei einem Teil unseres Volkes auf einen psychologischen Boden, der oft als "Feindschaft gegenüber der Politik" bezeichnet wird, im Grunde jedoch nichts anderes als Misstrauen gegenüber der Demokratie ist. Die ganze Wucht der Verantwortung für die Unterminierung der Demokratie und das Spielen mit dem Gedanken an eine "CDU-Erbmonarchie" trifft die CDU und ihre Parteiführung.

"Unter dieser Krise leidet die Demokratie"

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Vor mehr als sechs Wochen hat das österreichische Volk die Abgeordneten für sein neues Parlament gewählt, vor mehr als zwei Wochen ist dieses Parlament zu seiner ersten und vorläufig einzigen Sitzung zusammengetreten - noch immer aber gibt es in Österreich keine neue Regierung. Die Verhandlungen zwischen den beiden Koalitionsparteien, ÖVP und SPÖ, zur Bildung einer Regierung unter dem designierten Bundeskanzler Ing. Julius Raab sind in eine Sackgasse geraten. "Wie soll es weitergehen?" fragen sich beide Seiten, ohne darauf eine Antwort zu wissen. Die ÖVP-Blätter sprechen bereits von einer "Staatskrise", die sozialistische "Arbeiter-Zeitung" stellt jedoch fest: "Wir haben keine Staatskrise, wohl aber eine sehr ernste Krise der ÖVP, der um ein Mandat stärkeren, aber an Stimmen schwächeren der beiden großen Parteien. Diese Krise verzögert die Bildung einer neuen Regierung, ja sie läßt es als fast unmöglich erscheinen, daß wir endlich eine Regierung bekommen, die dringende, nicht mehr länger aufzuschiebende Fragen behandelt. Unter dieser Krise leidet das Volk, leidet das Ansehen unserer Demokratie und leidet die Wirtschaft."

In der Tat handelt es sich darum, daß die in den Nationalratswahlen vom 10. Mai eindeutig geschlagene Österreichische Volkspartei ihre Niederlage nicht zur Kenntnis nehmen und den freien Willen des Volkes einfach nicht respektieren will. Die maßgeblichen reaktionären Kräfte innerhalb der Parteileitung der ÖVP, denen die Demokratie ohnehin nur eine Farce ist, schrecken nicht einmal vor einer Desavouierung ihres Parteiführers und Bundeskanzlers Raab zurück, um im Sinne ihrer Auftraggeber, der Industriellen und Großkapitalisten, das Wahlergebnis vom 10. Mai zu verfälschen, indem sie bei der Regierungsbildung der siegreichen SPÖ eine Aschenbrödelrolle zuweisen.

Die Sozialisten mit ihrem Parteivorsitzenden Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann sind aber nicht gewillt, sich um die Früchte ihres Wahlsieges betrügen zu lassen. Sie sind vielmehr entschlossen, dem Willen der Wähler voll und ganz Rechnung zu tragen. Dieser ist sehr klar und deutlich geäußert worden: Gewinn für die Sozialisten 80 000 Stimmen und 4 Mandate; Verlust für die ÖVP 72 000 Stimmen und 3 Man-

date. 26 000 sozialistische Stimmen mehr als ÖVP-Stimmen und 78 Sozialisten gegenüber 79 ÖVP-Abgeordneten im Nationalrat.

Die ÖVP hatte die Vorverlegung der ursprünglich für den Herbst anberaumten Wahlen durch einen plötzlichen Bruch der Koalition herbeigeführt. Nach der Niederlage vom 10. Mai hatte sie es nicht mehr so eilig. Ein aus je sieben Vertretern bestehendes Verhandlungskomitee der beiden Parteien berät nun schon wochenlang über die neue Aufteilung der Ministersessel und über das künftige gemeinsame Regierungsprogramm, ohne auch nur in Detailfragen zu einer Einigung gelangt zu sein. Im Gegenteil, die Meinungsverschiedenheiten sind immer größer geworden, der Starrsinn auf Seite der ÖVP ebenfalls. Von der ÖVP-Bundesparteileitung wurde dem Verhandlungskomitee sogar die Vollmacht entzogen, nachdem Parteiohmann Raab den Sozialisten das Finanzministerium angeboten hatte.

In der Regierung war bisher das Kräfteverhältnis zwischen ÖVP und SPÖ sieben zu fünf zugunsten der ÖVP, die ja auch den Bundeskanzler stellte. Außerdem hatte jede der beiden Parteien je drei Staatssekretäre. Nachdem nun die beiden Parteien praktisch völlig gleich stark sind, müßte auch eine Parität in der Regierung hergestellt werden. Die Sozialisten beanspruchen dazu mehr Einfluß auf die Wirtschaftspolitik, die bisher ressortmäßig eine Domäne der ÖVP war.

Die ÖVP wollte den Sozialisten zunächst nur das unbedeutende und überdies dem Bundeskanzler unterstellte Außenministerium anbieten. Schließlich aber bot Bundeskanzler Raab das Finanzministerium an. Die Sozialisten nahmen dieses Angebot an und nominierten ihren bisherigen Staatssekretär Dr. Bruno Kreisky. Doch die ÖVP-Bundesparteileitung rebellierte gegen ihren einstigen "starken Mann", den heutigen schwachen Parteiohmann Raab und nahm das Angebot wieder zurück. Stattdessen schlug sie eine Beibehaltung der bisherigen Aufteilung der Ministerien und dafür eine Erhöhung der Zahl der Staatssekretäre vor. Dies wurde von der SPÖ mit scharfen Worten abgelehnt. Österreich hat vorläufig keine funktionsfähige Regierung, weil die ÖVP nicht zur Kenntnis nehmen will, daß die Sozialisten die Wahlen gewonnen und sie selbst die Wahlen verloren haben. Gäbe es nicht einen sozialistischen Bundespräsidenten, so wäre die weitere politische Entwicklung mit den größten Gefahren für die Demokratie und Freiheit des Landes verbunden.

### Unterirdisches E-Werk in Stifters "Hochwald"

R.H. - Eine technische Leistung besonderer Art geht in oberen Böhmerwald - der Heimat Adalbert Stifters und des Schauplatzes seiner weltbekannten Erzählung "Der Hochwald" - ihrer Vollendung entgegen: das unterirdische E-Werk der Moldautalsperre von Lippen. Die Turbinen des E-Werks wurden soeben montiert. Im Spätsommer soll es den ersten Strom liefern und damit die Voraussetzung schaffen, dass das obere Moldautal und Südböhmen stärker als bisher industrialisiert werden können. Die Moldau im Böhmerwald, wie sie aus der gleichnamigen Symphonie von Smetana als munterer und rauschenden Bergbach und Waldfluss bekannt ist, gehört bereits der Vergangenheit an.

Das E-Werk liegt 140 Meter unter dem Wasserspiegel der fast 50 Meter tiefen Talsperre, die den Namen "Böhmerwald-See" erhalten hat. Für das E-Werk hat man einen 60 Meter hohen, 70 Meter langen und 24 Meter breiten Felsdom aus dem Böhmerwaldgranit herausgesprengt. Ein schräger Anfalltunnel mit zwei Stahlrohrleitungen führt zum Felsdom hinab - mit einem Aufzug wurde durch diesen Tunnel die Einrichtung des E-Werks hinabgeführt. Der Abflusstunnel ist 3,5 km lang und führt unter der "Teufelswand", die oben das Moldautal einengt, sowie unter dem alten Flussbett bis zu einem Ausgleichsbecken bei Kohenfurt (berühmt wegen seines Klosters und seiner Klosterkirche). Dort wird das Moldauwasser noch ein kleines E-Werk betreiben, bevor es wieder in das alte Flussbett einmündet. Das unterirdische E-Werk wertet somit ein Gefälle aus, das sich heute über eine Strecke von mehr als 3,5 km verteilt.

Der Bau des E-Werks war mit grossen Schwierigkeiten verbunden, da sich die ersten Pläne als ungenau herausstellten und auch die Berechnungen über die Zusammensetzung des Felsens nicht stimmten. Kitten im Bau mussten sowjetische Bergingenieure herangeholt werden, die eilends neue Baupläne zu entwerfen hatten. Auch die Betonierung des Abflusskanals hatte ständig mit Hindernissen zu kämpfen, so dass schliesslich der Bau des E-Werks fast zwei Jahre länger dauerte, als man vorgesehen hatte. Für die am E-Werk und an der Talsperre eingesetzten Ingenieure und Arbeiter hat man bei Lippen eine eigene kleine Stadt errichtet.

Der Stausee ist bereits bis zu einer Länge von über 40 km und zu einer grössten Breite von 16 km aufgestaut. Seine gewundene Fläche gleicht einem nordischen Fjord und hat den Charakter des oberen Böhmerwaldes vollkommen verändert. An einer Stelle reicht der Stausee auf österreichisches Gebiet. Anfang Mai wurden auf dem See die ersten beiden Motorschiffe eingesetzt, die aus Ungarn stammen und die man von Pressburg in einem beschwerlichen Strassentransport nach Lippen geschafft hatte. Bis auf weiteres werden mit den Motorschiffen die je 150 Fahrgäste fassen Rundfahrten auf dem See unternommen. Sobald weitere Motorschiffe eintreffen, wird ein regelmässiger Schiffsverkehr aufgenommen. Oberplan, der Geburtsort Adalbert Stifters ist (am oberen Ende des Sees) Seeort geworden und hat eine Landungsbrücke erhalten.

+ + +  
-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel